

Geschäftsstelle der UOKG

SBZ/DDR-Opfer gegen rot-rote Koalition in Brandenburg

Berlin, 29.11.2009

Auf dem UOKG-Verbandetreffen in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS, anwesende Opferverbände verabschiedeten am 28.11.2009 folgende Resolution:

Es ist unerträglich für uns, die wir einst als politische Gefangene in den Zuchthäusern der SBZ und DDR gedemütigt, gequält und ruiniert wurden, erneut von den Zuträgern und Helfershelfern unserer Peiniger regiert zu werden. Was ist das für eine Demokratie, wo kaum ein Stasi-Mann bestraft wurde, sondern viele ihre Privilegien in die neue Zeit retten konnten? Was ist das für ein Land, in dem wir heute als Phantom-Opfer leben, Politiker und Kirchenvertreter zur Versöhnung aufrufen mit jenen, die noch in der Gegenwart die Diktatur verklären und in der DDR kein Unrechtssystem erkennen? Was ist das für ein Land, in dem sich 20 Jahre kein Landesbeauftragter für Stasi-Unterlagen professionell um die zahlreichen Opfer kümmern konnte und viele von uns trotz einer schäbigen Bedürftigkeitsrente am Rande der Armut leben?

Nachdem endlich durch Druck aus den Opferverbänden, den demokratischen Oppositionsparteien und der CDU-Fraktion nach den Wahlen im September ein Landesbeauftragter in Brandenburg installiert werden sollte, wird der Zeitraum der Einsetzung erneut hinausgeschoben. Dies ist für uns unerträglich.

Wir sind zur Vergebung bereit mit denen, die sich bei uns entschuldigen, die mithelfen, ein demokratisches Land aufzubauen. Doch viele kleine Mini-Stalinisten, die das verbrecherische System der kommunistischen Diktatur stützten, streben erneut nach Machtpositionen, als wäre nichts geschehen, als wäre mit der mehrfachen Umbenennung ihrer skrupellosen Partei alle Schuld getilgt.

Wir werden Herrn Platzeck und allen, die uns erneut unseren reuelosen Peinigern von einst auszuliefern suchen, mit dem im Grundgesetz verankerten Recht auf Widerstand und Ungehorsam entgegenzutreten.